

INHALT

Einleitung: Ins Offene	7
I GEZEITENWECHSEL	17
Die autoritäre Welle	20
Etwas faul im Staate Dänemark	25
Paradies für Populisten: Italien	31
Vollendete Reaktion: Ungarn	39
Unterspülung der Demokratie	45
Deichbau	51
Glückliches Österreich	51
Noch nicht verloren: Polen	56
Ausgebürgert: Scheidung auf Britisch	60
Pim hat es so gewollt: die Niederlande	66
Frankreichs Uhren gehen wieder	72
Iberische (und andere) Ausnahmen	78
Deutscher Herbst: die Entscheidung	82
Ante Portas	89
Türkei: Abwendung eines ungeliebten Partners	89
Russland: die eurasische Versuchung	95
Eleven Nine: nicht das Ende des Westens	99
Europas neue Barbaren?	106
Schiffbruch oder Alarmsignal?	
Die Lehren des Populismus	108
Responsiver werden	114
Resilienter werden	116
Resistenter werden	118

II GEGEN DEN STROM	121
Themenwechsel	122
Drei Körbe	127
# 1 Teilhabe	129
# 2 Solidarität	145
# 3 Nachhaltigkeit	163
# plus: Europa in der Weltgesellschaft	174
III FREIBEUTER: PRAXIS EUROPA	195
Renaissance des jungen Europa	196
Bewegung	198
Strategie	206
Reflexion	208
Agenten des Wandels:	
ein gutes Dutzend Europa	212
@ Freiheit und Widerstand	215
@ Große Transformation	238
@ Erinnerung und Frieden	256
It's Europe, stupid!	266
Anmerkungen	275
Register	305

EINLEITUNG: INS OFFENE

Von unserer Zeit wollen wir nichts versäumen:
vielleicht gibt es schönere Zeiten, aber dies ist unsere Zeit.
Wir haben nur dieses Leben zu leben inmitten dieses Krieges,
möglicherweise dieser Revolution.
Jean-Paul Sartre, 1945¹

Dieses Buch ist eine europäische Unabhängigkeitserklärung. Europa und die Europäische Union sind anziehend genug, um die aktuellen Anfechtungen zu überstehen und aus ihrer seit langem schwersten Krise kraftvoller hervorzugehen. Das kann aber nur gelingen, wenn selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger die Herausforderungen annehmen und der autoritären Welle entschieden widerstehen, die nicht nur in Europa anbrannt, sondern rund um den Globus läuft und mancherorts schon zu »Land unter« geführt hat.

Dass im politischen Raum derzeit »alles möglich ist«, wie in den letzten Monaten oft zu hören war, zeigt sich, wenn ein absoluter Außenseiter wie Donald Trump Amerika erobert, aber auch, wenn ebenso überraschend der Franzose Emmanuel Macron mit frischen Ideen in den Elysée einzieht. Mit Europa ist anderes und Besseres möglich als der von den Exiters verschiedener Couleur beschworene Niedergang. In Österreich sind 2016 die Blau-Braunen zurückgeschlagen worden, in den Niederlanden reichte es im März 2017 f.r Geert Wilders bei weitem nicht zur Machtübernahme, und auch in Frankreich wurden Marine Le Pen ihre Grenzen aufgezeigt. Der Brexit, der am 29. März 2017 eingeleitete Austritt Großbritanniens aus der Europäischen

Union, hat nicht den von den Rechtspopulisten erhofften Dominoeffekt, sondern eine politische Katerstimmung ausgelöst. Die Präsidentschaft Trumps erzeugt nicht nur in den USA Widerstand – im Kongress, in den Bundesstaaten, in den Medien, in der Justiz, in den »sanctuary cities« und auf den Straßen und Plätzen –, sie stärkt auch Europas Widerstandskräfte. So wie Stalin nach 1945 als unfreiwilliger Geburtshelfer der Europäischen Gemeinschaft angesehen wurde, könnten Trump und Putin einmal als Wegbereiter ihrer Renaissance in die Geschichte eingehen.

Europäische Werte der Aufklärung, der Demokratie und der Bürgergesellschaft stehen auf dem Prüfstand, die Institutionen der Europäischen Union gehören reformiert. Entscheidend ist aber, dass sich die Europäer als eine *europäische Gesellschaft* konstituieren, die sich in ihrer ganz alltäglichen Praxis selbst hervorbringt. Was Ernest Renan einmal für die Nationen postuliert hat, sie seien »un plébiscite de tous les jours«, muss heute für ganz Europa gelten. Voluminöse Abhandlungen sind der Frage nachgegangen: »Was ist deutsch?« Nun ist es wirklich an der Zeit zu fragen, was europäisch ist.

Ob und wie es mit Europa weitergeht, haben »wir« in der Hand, und es geht in den aktuellen politischen Kämpfen gerade darum, wer dieses »Wir« ausmacht – eine muffige, vergangenheits-selige Ansammlung autoritärer Nationalisten oder vielmehr zukunftsfrohe europäische Weltbürger und Lokalpatrioten. Nichts spricht gegen ein Europa der Vater- und Mutterländer, wenn man darüber nicht vergisst, dass sie das Schicksal der Welt und der künftig auf dem Planeten lebenden Menschheit mitverantworten. Kluge Patrioten sind keine Nationalisten.

»Europa zuerst«, das klingt nach *America first* und ist doch das genaue Gegenteil. Der Slogan ist selbstverständlich kein Rückfall in finstere europäische Arroganz und gewiss keine Imitation der konfuse Ideen Donald Trumps. Geläutert durch die Verarbeitung seiner mörderischen Vergangenheit, muss Europa der Hafen von Freiheit und Demokratie in einem Meer imperialer Piraten sein, eine Alternative zu Trumps Amerika, Putins Russ-

land und Erdoğan's Türkei (wohlgemerkt nicht zu »den« Amerikanern, Russen und Türken). Eine Unabhängigkeitserklärung ist keine Feinderklärung. Europa schottet sich nicht ab, es bleibt der Welt zugewandt, es pflegt und stärkt die wechselseitige Abhängigkeit von seinen Nachbarn nah und fern. Gegen Trump halten wir Europäer die Integrität westlicher Werte und Institutionen hoch. Russland ist nicht Putin und gehört selbstverständlich ins europäische Haus. Mit allen Nachbarn, besonders denen an der mediterranen, afrikanischen und nahöstlichen Peripherie, wollen wir uns gemeinsam entwickeln. Für derart kooperative Lösungen der Krisen in aller Welt muss sich Europa bereithalten, wenn »alternative Fakten« endlich als Lügen entlarvt sind und der autoritäre Größenwahn sich als gefährliche Illusion entpuppt hat.

Europa wird bisweilen abgetan als »Welt von gestern«. So lautete der Titel des letzten Werks von Stefan Zweig, 1942 posthum erschienen als Rückblick vor allem auf das Wien der Jahrhundertwende, jene kreative Epoche des Aufbruchs in die Moderne, die vierzig Jahre später aus der Zeit gefallen schien, als allerorts die autoritären Regime Hitlers, Stalins und ihrer Kollaborateure den Ton angaben. Vom Weltmachtswahn dieser Regime wurde Europa fast zerdrückt, der Zweite Weltkrieg hätte seine Existenz fast vernichtet. Aus dieser Trümmerswelt ist die Europäische Union erwachsen. Doch ihre in siebzig Jahren erungene Fähigkeit, neue Kriege in Europa zu verhindern, zieht bei den Nachgeborenen heute kaum noch und verschafft ihr bei jüngeren Europäern keine Daseinsberechtigung mehr. Europa als Idee und Institution, auch als politische Motivation muss sich heutigen Generationen neu und anders begründen und erschließen. Genau das geschieht gerade in den Bürgerinitiativen, Demos und Parteigründungen für ein anderes und besseres Europa, um die es in diesem Buch gehen soll.

So schutzlos Europa heute dazustehen scheint, so krisenanfällig seine Volkswirtschaften sind und so verzagt es sich selbst als kulturelle Macht präsentiert – dieses Buch möchte belegen, dass Europa selbstverständlich eine »Welt von morgen«

sein kann. Dazu muss es sich seiner Feinde, seiner Schwächen, auch seiner beschämenden Vergangenheit bewusst sein, vor allem aber selbstbewusst auf seine Stärken bauen, die nicht nur in der Wirtschaftskraft eines Marktes von einer halben Milliarde Produzenten und Konsumenten liegen, sondern vor allem geistiger und kultureller Natur sind.

Nach den Phasen imperialer Expansion und totalitärer Unterdrückung hat sich Europa in Gestalt der Europäischen Union zu einer reflexiven Weltmacht entwickelt, die in vieler Hinsicht als Modell supranationaler Kooperation und interkultureller Verständigung hervorgetreten ist und gewiss nicht die pauschale Ablehnung verdient, die ihr von rechts und links außen so oft entgegenschlägt. Da sich Russland und Amerika, die ehemaligen Besatzungs- und Schutzmächte des Kalten Krieges, in (unterschiedliche, sich aber fatal ergänzende) Autokratien zu verwandeln drohen, ist die Herausbildung und Bekräftigung eines gemeinsamen europäischen Standpunkts umso wichtiger, zumal sich China und die sogenannten Schwellenländer in einer multipolaren Welt kaum als alternative Führungsmächte anbieten.

Manche mögen diese Haltung eurozentrisch nennen, doch was spricht ernsthaft gegen eine Affirmation guter europäischer Traditionen, wenn man diese nicht als unumstößliche Gewissheiten begreift oder »leitkulturell« missversteht? Ein aufgeklärter Eurozentrismus, der ausdrücklich nicht »ethnozentrisch« ist, also nicht nur das Eigene gelten lässt und das Andere als »Fremdes« verpönt, ist für die Renaissance Europas Voraussetzung.

Die Reise durch die europäische Gesellschaft, zu der ich die Leserinnen und Leser einlade, führt von der Kampfzone in die Ideenwerkstatt und weiter ins Reallabor. Sie führt auch von der Sphäre der Parteien und Parlamente in den zu Unrecht vordemotisch genannten Raum der Bürgergesellschaft und wieder zurück. Auffällig ist ja, wie sehr in den letzten beiden Jahren die europäische Öffentlichkeit, darunter Menschen, die sich nur mäßig für Politik interessieren, durch Abstimmungen wie das

Brexit-Votum, die Präsidentschaftswahlen in den USA und in Frankreich oder die Bundestagswahl in Deutschland in den Bann geschlagen werden. Wahlen, die manche schon abschaffen oder abschreiben wollten (Colin Crouch prägte das Bonmot, man hätte zwar eine Stimme, aber keine Wahl), zeigen ihre Bedeutung für jeden Einzelnen. Derzeit ist ein Rückstrom von Nichtwählern zu beobachten, der zu großen Teilen populistischen Strömungen zugutekommt. Sie machen die andere Seite der Bürgergesellschaft sichtbar, die der frühere Bundespräsident Joachim Gauck einmal »Dunkeldeutschland« genannt hat. Entscheidend für Europa wird sein, ob man diesen Zyklus von »Abwanderung und Enttäuschung« (Albert O. Hirschman) unterbrechen und umkehren kann.

22. Mai 2016: Präsidentschaftswahl Österreich – Van der Bellen (Grüne) 50,3 %, Hofer (FPÖ) 49,7 %; **Wahlwiederholung 4. Dezember 2016:** Van der Bellen 53,8 %, Hofer 46,2 % (Wahlbeteiligung 72,4 %).

23. Juni 2016: Brexit-Referendum Großbritannien – 51,89 % der Wähler (= 37,44 % der Wahlberechtigten) stimmen für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (Wahlbeteiligung: 72,2 %).

2. Oktober 2016: Referendum über Flüchtlingskontingente in Ungarn – 98,5 % Ja (bei einer Beteiligung von 39,9 %). 50-Prozent-Quorum nicht erreicht, deswegen ungültig).

8. November 2016: Präsidentschaftswahl USA – Wahlmännerkollegium Donald Trump 304 (= 26,4 % der Wahlberechtigten), Hillary Clinton 227. General Election Trump 46,09 %, Clinton 48,18 % (Wahlbeteiligung 60,2 %).

4. Dezember 2016: Referendum über Parlamentsreform in Italien – Nein 59,11 %, Ja 40,89 % (Wahlbeteiligung 65,47 %).

15. März 2017: Parlamentswahlen Niederlande – 21,3 % Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD, Ministerpräsi-

dent Mark Rutte), 13,1 % Partij voor de Vrijheid (PVV, Geert Wilders), CDA 12,38 %, D66 12,23 %, Grüne 9,13 % (Wahlbeteiligung 81,9 %).

16. April 2017: Verfassungsreferendum Türkei: Ja 51,18 %, Nein 48,82 %.

23. April 2017 und Stichwahl 7. Mai 2017: Präsidentschaftswahl Frankreich – Emmanuel Macron (En Marche!) 65,9 %, Marine Le Pen (Front National) 34,1 % (Wahlbeteiligung: 74,7 %).

19. Mai 2017: Präsidentschaftswahl Iran – Staatspräsident Hassan Rohani 57,1 %, Ebrahim Raisi 38,3 % (Wahlbeteiligung 73,1 %).

8. Juni 2017: Parlamentswahl Großbritannien – Konservative 42 %, Labour 40 %, Ukip 1,3 % (Wahlbeteiligung 68,7 %).

11./18. Juni Parlamentswahl Frankreich – Ergebnis des zweiten Wahlgangs: Macron: 49,1 %, 350 Sitze (= absolute Mehrheit), Konservative 27 %, 137 Sitze, Front National 8,8 %, 8 Sitze, Linkspartei 7,5 %, 27 Sitze, Sozialisten 6,1 %, 44 Sitze (Wahlbeteiligung 42,6 %).

24. September 2017: Bundestagswahl Deutschland

15. Oktober 2017: Nationalratswahl Österreich

Bis 23. Mai 2018: Parlamentswahl Italien

Wahlen haben eine zunehmend plebiszitäre Note bekommen, die das Establishment abstrafte und (nicht wirklich charismatische) Führer in Ämter wählt, für die sie durchweg nicht im Mindesten geeignet sind. Zu dieser Personalisierung gehört die extreme Flatterhaftigkeit der Wähler, die Meinungsforscher zur Verzweiflung bringt und nach verfehlten Prognosen als Scharlatane dastehen lässt. Es ist bemerkenswert, wie rasch demos-

kopische Vorsprünge bzw. Rückstände dahinschmelzen, Protestparteien wie UKIP in der Versenkung verschwinden, Parteibindungen sich lösen, Hoffnungsträger verbraucht sind und Leistungsbilanzen ignoriert werden. Wahlen werden wichtig genommen, aber sie dienen in einem wachsenden Maß der Stimmungsbekundung, vor allem der Abrechnung.

Wahlen werden überdies neuerdings begleitet von Cyberangriffen und Terrorattacken, welche die Vorstellungskraft okkupieren, die Urteilskraft trüben und Menschen zur Beute unhaltbarer Sicherheitsversprechen machen. Es kann jeden jederzeit überall treffen, eine Lage, die prädestiniert ist für Paranoia, verstärkt durch den medialen Overkill der elektronischen Bildmedien, die seit Nine Eleven mit pseudoaktuellen »Brennpunkten« Menschen zu genau jenen überzogenen Reaktionen und inhumanen Revanchegehlüsten treiben, die Terroristen herbeiwünschen, damit wir uns auf eine Stufe mit ihnen stellen.

Phantasien, es den Angreifern heimzuzahlen, sind eine sattsam bekannte Bewältigungsstrategie, eine andere die Projektion der eigenen Ängste auf Sündenböcke. Es gibt ein humaneres, freiheitsschonendes Coping, wie Psychologen die Bewältigung traumatischer Erfahrungen, von Dauerstress und Verlustängsten nennen. Eine Strategie ist das gezielte Herunterspielen des Gewaltaktes: »We are not afraid« (Wir haben keine Angst) stand 2005, nach dem ersten islamistischen Anschlag in London, massenhaft auf Postern. Wir machen weiter wie gewohnt, unsere Gesellschaft ist auch durch noch so viel Gewalt und Leid nicht aus dem Gleichgewicht zu bringen. Für wie viele Iterationen des Schreckens reicht diese Entzauberung des Terrors? Die Täter waren wenig beeindruckt, allein in London haben sie mehrfach wieder zugeschlagen.

Theresa May, die als britische Innenministerin die Sicherheitskräfte abbaute, hat die Relativierung der Menschenrechte in Erwägung gezogen und vorgeschlagen, Gewalt mit Gewalt zu vergelten, in den Quellregionen des Terrors ebenso wie daheim in den Vorstädten. Ist der Sicherheitsstaat imstande, aus passivem Erleiden und paranoidem Hadern herauszutreten, also end-

lich etwas Wirksames zu tun? Abgeklärte Experten sehen darin eine neue Gewaltspirale eröffnet. Man muss also an den Ursachen ansetzen, das Übel an der Wurzel packen, die brisante Lage durch internationale Friedensstiftung pazifizieren und die IS-Gefolgschaft in Europa durch »Deradikalisierung« vermindern. So unwahrscheinlich und naiv das klingt, es ist die einzige Möglichkeit, die vernünftigerweise bleibt. Wir müssen den Feind, der Europa zerstören will, viel besser kennen, seine bizarren Manifeste lesen, die Zeugnisse der Überläufer genau studieren.

Man wird Leute, die bereit sind, ihr Leben zu opfern, nicht zurückholen, indem man ihnen eine gerechtere Welt verspricht. Aber genau dieses Versprechen, sich eine bessere Welt vorzustellen und tagtäglich nach Kräften daran mitzuwirken, muss der Rest der Welt in einem neuen Gesellschaftsvertrag vereinbaren. Denn wir können nicht »einfach weitermachen«. Wir müssen aktiv und offensiv eintreten für Europa als Symbol einer offenen, freien Gesellschaft und gegen alle Versuche einer Abschottung von der Welt.

Diese Streitschrift für ein unabhängiges, offenes Europa gliedert sich in drei Teile. Sie behandeln drei Facetten europäischer Politik, für die das Englische drei verschiedene Vokabeln bereithält: *politics* für den Machtkampf, *policies* für die Politikfelder und *polity* für die Grundlagen des Gemeinwesens. Unter der Überschrift »Gezeitenwechsel« betrachte ich im ersten Teil ausgewählte populistische Strömungen in Europa und bewerte sie, anders als sonstige Vergleichsstudien, als lokale Varianten der sich herausbildenden *europäischen Gesellschaft*. Der schon zu Tode gerittene Begriff »Populismus« ist dabei eher eine Verharmlosung im Blick auf die sich ausbreitenden Tendenzen zu einem *völkisch-autoritären Nationalismus*. Populistisch ist die Methode, »das Volk« als angeblich homogene Einheit gegen »die da oben«, vor allem gegen die politischen und intellektuellen Eliten in Stellung zu bringen. Der Inhalt dieser Politik ist die Reduktion des Volkes auf eine ethnisch, eventuell religiös homogene Gruppe von »Eigenen«, die als »Bio-Deutsche« (oder Bio-Türken, -Franzosen etc.) bezeichnet und gegen »Fremde« ins Feld

geführt werden. Um diesen Populismus einzudämmen, gilt es, ihn zu verstehen, was nicht heißt, ihn zu legitimieren, aber doch die Ursachen seiner Anziehungskraft zu begreifen und das jeweilige Körnchen Wahrheit in seinen Ansprüchen und Zumutungen zu identifizieren.

Im zweiten Teil »Gegen den Strom« werden Alternativen zum nationalistischen Diskurs aufgezeigt: ein Themenwechsel weg von der lähmenden Fremdenfurcht, der übertriebenen Terrorpanik und der Vergangenhetsfixierung der radikalen Rechten, hin zu den Zukunftsthemen, die einmal die Domäne der freiheitlichen Linken waren und es wieder werden sollten. Hier zeichnet sich eine Trias aus ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Solidarität und politischer Teilhabe unter dem Dach einer entschiedenen Politik für künftige Generationen ab. Konkret werden dazu Konzepte transnationaler Bürgerschaft und Teilhabe, sozialpolitische Reformvorschläge, eine neue Bildungsinitiative und Transformationsschritte in nachhaltige Energieerzeugung und klimafreundliche Lebensstile diskutiert. Daraus ergibt sich die progressive Agenda für eine nachhaltige europäische Bürger- und Sozialunion, die namentlich jüngeren Europäern Praxisfelder erschließt. Hier erfolgt auch der kosmopolitische Anschluss zur Weltgesellschaft.

Im dritten Teil »Freibeuter« werden ein Dutzend konkreter Beispiele aus der »Praxis Europa« zwischen Palermo und Hammerfest, Galway und Brest-Litowsk vorgestellt. Sie haben zunächst lokale und nationale Reichweite und unterstreichen die Vielfalt der europäischen Welt, aber wie Puzzlesteine fügen sie sich zu einem politischen Parallelkosmos, der den »Agenten des Wandels« Mut und Selbstwirksamkeit verleiht. Auch räumlich und sachlich weit entfernt agierende Graswurzelinitiativen teilen eine normative Ordnung, eine institutionelle Struktur und eine Dynamik, die gegen antidemokratische Angriffe gefeit macht. Die Beispiele aus allen Landstrichen Europas einschließlich seiner Peripherie zeigen Facetten des Widerstands gegen den Nationalismus ebenso wie Pfade in ein demokratisches, solidarisches und nachhaltiges Europa.²

Was über Monate und Jahre kaum einmal gelang, eine Demo für Europa, ereignet sich nun bald alle Tage. Solche Graswurzelinitiativen können der zaghaften Europavision des im Januar 2017 vorgelegten Weißbuchs der Europäischen Kommission Beine machen. Darin war viel von »mehr« und »weniger« die Rede, vom Europa der »verschiedenen Geschwindigkeiten«, der »konzentrischen Kreise« oder »à la carte«. Im Folgenden geht es um Entwürfe, Praktiken und Utopien eines anderen und besseren Europa. Entstanden ist das Buch in den letzten Jahren im Wesentlichen auf Reisen durch den Nahraum der Metropole Ruhr, wo ich zehn Jahre lang am Kulturwissenschaftlichen Institut tätig war, und in Ideenwerkstätten und Reallaboren der europäischen Gesellschaft.³

Europäer war ich dank der Gnade meiner frühen Geburt von Kind an. Geschärft wurde dieses spontane Gefühl durch die politische Sozialisation in Paris und meinen zeitweiligen Lebensmittelpunkt New York Mitte der 1990er Jahre.⁴ Gewidmet sei das Buch einem langjährigen Freund und Gesprächspartner, der ein sehr amerikanisches Temperament hatte, aber auch Europa bestens verstand: Benjamin Barber (1939–2017). Seine *Declaration of Interdependence*⁵ gilt auch für diese europäische Unabhängigkeitserklärung, ebenso der Geist des »Munizipalismus«, die kommunale Demokratiebewegung rebellischer und kreativer Stadtkulturen⁶, für die Barbers weltweite Initiative für einen durch große Städte getragenen Klima- und Umweltschutz ein gutes Beispiel ist. Er stellt uns die Gretchenfrage: Wie haltet ihr es mit Europa? – als Bürger, Wähler und demokratische Eliten.

I GEZEITENWECHSEL

... man muss auf eines setzen, darin ist man nicht frei.

Sie sind eingeschifft.

Blaise Pascal, Pensées, 1669¹

In frischer Erinnerung ist das Bild des Tsunami, der im Dezember 2004 die südasiatischen Küsten erreichte und Zehntausende von Toten und materielle Schäden in Milliardenhöhe hinterließ. Viele Zeitgenossen mag im letzten Jahrzehnt das Gefühl beschlichen haben, einer ebensolchen Flutwelle ausgesetzt zu sein. Übermächtig wirkende Kräfte – anonym-abstrakt die Globalisierung, symbolisch-konkret die Flüchtlinge, emotional-dramatisch der Terror – branden an die Küsten Europas, dessen Bewohner sich jahrzehntelang auf sicherem Grund, wie auf einer »Insel der Seligen« gefühlt hatten und nun den Eindruck gewinnen, auf einer schmelzenden Eisscholle durch eine aufgeheizte See zu treiben.

Metaphern der hohen See spielen in der Geschichte der Ideen seit der Antike und in vielen Kulturen eine große Rolle. Das Meer, dozierte Hegel in seinen »Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte«, »gibt uns die Vorstellung des Unbestimmten, Unbeschränkten und Unendlichen, und indem der Mensch sich in diesem Unendlichen fühlt, so ermutigt dies ihn zum Hinaus über das Beschränkte«². In der uferlosen Weite entfalten sich Menschen und überschätzen sich gern. »Schiffbruch mit Zuschauer« hat ein Nachfolger des Philosophen die Daseinsmetapher umschrieben und das Terrain, nein: die Oberfläche der Welt abgesteckt: »Es gibt Küsten und Inseln, Hafen

und hohes Meer, Riffe und Stürme, Untiefen und Windstillen, Segel und Steuerruder, Steuermänner und Ankergründe, Kompass und astronomische Navigation, Leuchttürme und Lotsen.«³ Wir können uns auch Europa einmal als Meer, als *mare europaicum* ausmalen und uns dort Seeungeheuer und Korallenriffe, friedliche Strände und umtoste Inseln, Deiche und Leuchttürme, Passagiere, Kapitäne und Mannschaften vorstellen, die eingeschifft sind.

Nach 1989/90 schien Europa etwa ein Jahrzehnt lang in ruhigeres Fahrwasser zu steuern. Mit Genugtuung verzeichnete man das Ende der Teilung und der bipolaren Weltordnung und konnte sich an der Erfüllung einer kosmopolitischen Utopie erfreuen. Ihre Träger waren sympathische Demokratiebewegungen, die 1968 im »Prager Frühling« noch mit Panzern unterdrückt wurden, ein gutes Jahrzehnt später aber mit der polnischen Gewerkschaft *Solidarność* kaum noch aufzuhalten waren. Flankiert durch den polnischen Papst Johannes Paul II. und geduldet durch Helden des Rückzugs wie Michail Gorbatschow ging das lange Zeit als unsinkbar geltende Sowjetimperium unter. Der Hegelianer Francis Fukuyama sagte 1992 voraus, nach diesem »Ende der Geschichte« werde es nur noch Kapitalismus und Demokratie geben. Der erste Teil der Vorhersage erfüllte sich bis auf wenige Exklaven, doch während noch ein gutes Dutzend autoritärer Regime zu präsidentialen und parlamentarischen Demokratien mutierte und eine »dritte Welle der Demokratisierung« um den Globus rauschte, traf der Tsunami der Freiheit auf eine mächtige autoritäre Unterströmung, die sich seit den späten 1970er Jahren aufgebaut hatte.

Erste Anzeichen gab es 1973 weit weg von Europa. In Chile wurde Salvador Allendes Linksregierung durch einen Militärputsch hinweggefegt und kreierte General Augusto Pinochet jenen Regierungsstil, der mittelfristig in vielen Weltregionen Einzug hielt: die Verbindung einer ultraliberalen Wirtschaftspolitik, die Staatsinterventionen radikal herunterfährt, mit einer autoritären Sicherheitspolitik, die bürgerliche Freiheiten opfert. Eingeebnet wurde dieser autoritäre Liberalismus⁴ durch

eine von amerikanischen Beratern und europäischen Kollaborateuren unterstützte Militärjunta, die zwar die Inflation senkte und Investoren ins Land holte, aber zugleich die Friedhöfe und Gefängnisse füllte.

Im Dezember 1989 gehörten die chilenische Junta und ebenso die Diktaturen in den Nachbarländern Brasilien und Argentinien der Vergangenheit an, *the third wave of democracy went global*. Aber nicht überall kam sie an. Im Iran herrschte schon ein Jahrzehnt lang eine islamische Mullah-Elite, die das Land bis heute im Griff hat.⁵ In China stabilisierte sich seit der Machtübernahme von Deng Xiaoping im Jahr 1979 die postmaoistische Elite, die das Land mit einer Kreuzung aus Parteistaat und Staatskapitalismus zur Weltmacht aufsteigen ließ. In Großbritannien und den USA beendete die Austeritätspolitik Margaret Thatchers bzw. Ronald Reagans die New-Deal-Ära, die soziale Ungleichheiten eingedämmt und Teilhabe auf vielen Ebenen ermöglicht hatte. *Thatcherism* und *Reagonomics* wurden stilbildend. Die 1981 in Frankreich an die Macht gelangte Linksunion aus Sozialisten und Eurokommunisten war eher ein Nachzügler als der von manchen erhoffte Beginn einer neuen Epoche, die Demokratie und Sozialismus vereinbaren würde.

Verharren wir noch einen Moment in der globalen Perspektive. Die wirtschaftlichen und psychologischen Folgen von Ölkrisen, weltweiten Rezessionen und der ungezügelten Dynamik des Finanzkapitalismus zogen europäische Mitte-Links-Regierungen sukzessive auf den nunmehr »neoliberal« genannten Kurs. In der Abwehr diverser terroristischer Bewegungen von den Roten Brigaden und der RAF über die ETA und PKK bis hin zu al-Qaida und zum Islamischen Staat (IS) entwickelten sich Sicherheitsapparate, die bürgerliche Freiheitsrechte immer mehr außer Kraft setzten. Damit kehrte der Ausnahmezustand auch im Westen zurück, die Symbiose aus Autoritarismus und Marktradikalismus wurde zum wahren Signum des »Endes der Geschichte«.

Für Europa entscheidend: Die 1970er Jahre waren auch die Inkubationszeit eines neuen Populismus, der sich von älteren

Bewegungen dieser Art in den Vereinigten Staaten, Russland und Südamerika unterscheidet. Der klassische Populismus war zumeist eine Defensivreaktion auf rasante kapitalistische Durchbrüche und rasanten sozialen Wandel – so in den Vereinigten Staaten während des *Gilded Age*, im spätfudalen Russland und in Lateinamerika zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929/30. *People's Party*, *Narodniki* und *Peronistas* reagierten auf übermäßige soziale Ungleichheit und Ausbeutung und führten vor Augen, dass auch demokratisch gewählte Eliten das gemeine Volk nicht unbedingt repräsentieren. Die da oben gegen uns hier unten, das ist der Basisdiskurs des Populismus, seine so schlichte wie präventöse Scheidelinie des politischen Raumes. Von daher hatte er vor allem in seiner links-egalitären Ausprägung stets eine Funktion der politischen Hygiene und Kurskorrektur, leitete über in sozial-progressive Bewegungen und beherrschte Reformen. Aber er hatte immer auch eine hässliche Seite: aggressive Fremdenfeindlichkeit, völkischen Nationalismus, die Neigung zum totalitären Faschismus.

DIE AUTORITÄRE WELLE

Auf welche Seite der Populismus im heutigen Europa fällt, soll nun genauer untersucht werden, und daran entscheidet sich, ob der Begriff »Populismus«, in der aktuellen Debatte übermäßig strapaziert, die Lage überhaupt noch trifft.⁶ Im Folgenden betone ich vor allem die Schlagseite des neuen Populismus zum völkisch-autoritären Nationalismus. Das bedeutet: Die hässliche Seite hat sich stärker ausgeprägt, der scheinbar klassenlose Gegensatz von Volk und Eliten schärft sich zur menschenfeindlichen Unterscheidung von Eigenem und Fremdem, Einheimischen und Einwanderern, Christen und Muslimen, Freunden und Feinden. Diese schiefe Ebene ist in den meisten europäischen Gesellschaften anzutreffen, sie reicht über den jeweils nationalstaatlichen Rahmen hinaus und ergibt ein Gesamtbild, das sich wie in anderen – wirtschaftlichen, sozialen,

kulturellen – Dimensionen als »europäische Gesellschaft« (im Singular) fassen lässt. Jenseits der Nationen, die damit keineswegs obsolet geworden sind und verzweifelt von den völkisch-autoritären Nationalisten beschworen werden, erstreckt sich eine Vergesellschaftung, die sämtliche Institutionen erfasst und zur Europäisierung von Einstellungen, Verhaltensmustern und Alltagspraktiken geführt hat.

Auch der Populismus oder nun präziser: der völkisch-autoritäre Nationalismus ist ein gesamteuropäisches Phänomen mit unterschiedlichen nationalen Ausprägungen, die sich zu einer gemeinsamen Bewegung gegen Supra- und Transnationalisierung verbunden haben. Soziologisch gesehen stärkt diese Bewegung die segmentäre Abschottung von Nationalstaaten gegen die funktionale Arbeitsteilung der Weltwirtschaft, und zugleich bedeutet der kulturelle Fokus auf Europa eine Abschottung gegen die globale populäre Kultur und insbesondere gegen eine nichteuropäische Einwanderer-Population. Die Bezugsgröße ist damit die europäische Gesellschaft als ganze, nicht mehr allein die jeweils nationale politische Kultur von Nationalstaaten. Insofern ist der Populismus eine gesamteuropäische Erzählung, die sich ohne Widerspruch zur Bejahung, ja Heiligung der jeweils eigenen Nation selbstverständlich auch europäisch organisiert.

Schauen wir uns die Dramaturgie dieser Erzählung genauer an. Sie beginnt in den 1970er Jahren mit der Rebellion gegen zu hoch empfundene Steuersätze in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten und gegen die Abtretung politischer Souveränität an die ungeliebte Europäische Union, der »Volksferne« und Beamtenarroganz unterstellt wurden. Dabei blieb es nicht. In Jean-Marie Le Pens Front National (FN), Jörg Haiders Freiheitlicher Partei Österreichs (FPÖ) und später Geert Wilders' Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD, später PVD) legten die Staatskritiker und Euroskeptiker ihre fremden- und islamfeindliche Weltsicht an den Tag. Beide Antihaltungen bündelten sich im Feindbild der Europäischen Union, die sich im Zuge der Demokratisierung im Süden und Osten Europas gerade von 15 auf 28 Mitglieder erweitert hatte, seither jedoch zunehmend mit